Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2022/208

**Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 11.04.2022:
Resolution als Solidaritätsbekundung mit der Ukraine und ihren Bürger*innen**

Kreisausschuss	25.04.2022	TOP
Kreistag	02.05.2022	TOP

Eingang per E-Mail

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg

An den Landkreis Lüchow-Dannenberg
Frau Landrätin Dagmar Schulz
Königsberger Straße 10

29439 Lüchow

Neu Darchau, 11.04.2022

Sehr geehrte Frau Landrätin Schulz,

die SPD-Fraktion bittet um Beschluss folgender Resolution im Kreisausschuss am 25.04.2022 und im Kreistag am 02.05.2022:

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg verurteilt den erneuten völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine scharf, für den es keine Rechtfertigung gibt. Wir erklären uns solidarisch mit der Ukraine und ihren Bürger*innen und bekennen uns zu ihrer staatlichen Integrität und Souveränität und fordern die russische Führung entsprechend auf, beides anzuerkennen, die Truppen vom ukrainischen Staatsgebiet abzuziehen und die Invasion mit sofortiger Wirkung zu beenden. Auch die Anerkennung der Separatistengebiete Luhansk und Donezk und die Besetzung der Krim verurteilen wir als einen Akt der russischen Destabilisierungsstrategie der Ukraine. Diese Gebiete sind Teil des Territoriums der Ukraine, die ein souveräner Staat mit einem Recht auf vollständige Selbstbestimmung ist.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert die Europäische Union und die Bundesregierung auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden und diejenigen, die vor dem Krieg fliehen, eine menschenwürdige Flucht und sichere Unterkunft zu ermöglichen. Wir begrüßen zugleich die Sanktionen gegen die Russische Föderation und die von den russischen Rebellen kontrollierten ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk und die Krim.

Wir stehen zu der Ankündigung der Landesregierung, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen und erklären uns bereit, Geflüchtete im Rahmen unserer Möglichkeiten über das Landeskontingent hinaus aufzunehmen.

Zugleich möchten wir die Vertreter des Kreistages, die in den Gremien der Sparkasse sitzen, bitten, sich dafür einzusetzen, dass die Konten für ukrainische Flüchtlinge für ein Jahr oder bis zur ersten Lohnzahlung vollkommen kostenfrei gestellt werden. Denn auch bei einem „Bürgerkonto/Basiskonto auf Guthabenbasis“ fallen Kontoführungsgebühren an.

Mit freundlichen Grüßen
Heike Bade

Stellungnahme der Verwaltung:
entfällt